

| Council of European Municipalities and Regions
| Conseil des Communes et Régions d'Europe
| Συμβούλιο των Ευρωπαϊκ Δήμων και Περιφερειών
| Consejo de municipios y regiones de europa
| Consiglio dei comuni e delle regioni d'Europa
| Raad der Europese gemeenten en regio's
| Conselho dos municípios e regiões da Europa



| **RGRE** | Gereonstraße 18 - 32 | 50670 Köln

Rat der Gemeinden und Regionen Europas | Deutsche Sektion

Datum

April 2020/ger

Unser Zeichen

81.00.06

Telefon +49 221 3771-0

Durchwahl 3771-315

Telefax +49 221 3771-7315

E-Mail

mascha.gerwin@staedtetag.de

Bearbeitet von

Mascha Gerwin

RGRE- Infobrief 02/2020

Infobrief

für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker

in Rat und Verwaltung

IN EIGENER SACHE

Bitte teilen Sie uns mit, wenn sich Ihre E-Mail-Anschrift ändert.

Schicken Sie uns einfach eine E-Mail an: [infobrief\(at\)rgre.de](mailto:infobrief(at)rgre.de).

Bitte fügen Sie dieser E-Mail auch Ihre Anschrift sowie Ihre Mitgliedsnummer bei.

Wir danken für Ihre Hilfe und wünschen angenehme Lektüre.

Ihr RGRE-Team

Hinweis: Die im Infobrief aufgeführten Informationen sind mit größter Sorgfalt recherchiert. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der genannten Daten können wir allerdings keine Gewähr übernehmen.

Gereonstraße 18 - 32, 50670 Köln | Telefon +49 221 3771-0 Telefax +49 221 3771-128
Durchwahl +49 221 3771-310 und +49 221 3771-188
Internet: www.rgre.de | Mail: post@rgre.de

Bankverbindung: Sparkasse KölnBonn Konto 30 212 153 (BLZ 370 501 98) | IBAN: DE15 3705 0198 0030 2121 53 SWIFT-BIC: COLSDE33

Inhaltsverzeichnis

I.	Deutsche Sektion des RGRE	3
	Arbeitskreis der jungen Mandatsträger/innen in Sindelfingen	3
	Europa- und Förderreferenten tagten in Saarbrücken	3
	Konferenz zur Europäischen Charta für die Gleichstellung in Dresden abgesagt.....	4
II.	Ausschuss der Regionen.....	4
	COVID 19 – Europäische Austauschplattform des AdR.....	4
III.	Europäischer RGRE (CEMR).....	5
	Europäischer Gemeindetag in Innsbruck abgesagt.....	5
IV.	Europäische Union	5
	Funktionsfähigkeit der EU-Institutionen in Zeiten von Corona	5
	Vertragsentwurf für den Brexit.....	6
	Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit Albanien und Nordmazedonien.....	6
V.	Veröffentlichungen	7
	Zeitschriftenspiegel	7
VI.	Partnerschaftsarbeit.....	8
	Partnerschaftsgesuche	8
	...aus Palästina: Yatta.....	8
VII.	Veranstaltungen / Wettbewerbe / Sonstiges	9
	Mitmachen bei der Europäischen Woche der Regionen und Städte.....	9
	Bewerbungsphase für den Europäischen Bürgerpreis läuft	9
	Mitmachen beim „Colours of Europe Award 2020“	9
	Bewerbungsfrist für „Jugend in Aktion“ verlängert.....	10
	Deutscher Nachhaltigkeitspreis für Städte und Gemeinden	10
	Mitmachen beim Wettbewerb „Kommune bewegt Welt“.....	11
	EU-Aufruf für kostenloses Wi-Fi wird verschoben.....	11

I. Deutsche Sektion des RGRE

Arbeitskreis der jungen Mandatsträger/innen in Sindelfingen

Der Arbeitskreis der jungen lokalen und regionalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) traf sich am 6. März 2020 zu seiner dritten Sitzung in der Stadt Sindelfingen. Im Mittelpunkt des Treffens standen Förderprogramme der Europäischen Union für junge Menschen sowie soziale Themen wie Inklusion und Barrierefreiheit, Jugendarbeitslosigkeit und Migration.

Auf Einladung der Stadt Sindelfingen kamen zwölf Mitglieder des Arbeitskreises der jungen lokalen und regionalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger im Rathaus der baden-württembergischen Stadt zusammen, um sich über EU-Förderprogramme zu informieren, zu vernetzen und in verschiedenen Arbeitsgruppen an kleinen Projekten zu arbeiten. Begrüßt wurden die Sitzungsteilnehmenden von Sindelfingens Erstem Bürgermeister, Christian Gangl. Sindelfingen war ein passender Ort für die Sitzung des Arbeitskreises, der sich unter anderem für eine stärkere Vernetzung zu Europa auf lokaler Ebene einsetzen möchte. Denn Sindelfingen ist eine internationale Stadt, in der Menschen aus 130 verschiedenen Nationen leben. Und Sindelfingen ist eine europäische Stadt. Wie Bürgermeister Gangl berichtete, engagiere sich die Stadt neben dem RGRE auch in den Netzwerken „Eurotowns“ und im Konvent der Bürgermeister für Klima und Energie für die europäische Idee.

Als Referent war Jochen Kubosch, ehemaliger Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in München und nun Mitglied im Team Europe, zu Gast. Vor dem Hintergrund der andauernden Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) gab er einen Überblick über die Struktur des EU-Haushalts, die verschiedenen Fördertöpfe und den aktuellen Stand der Verhandlungen. Im zweiten Teil der Sitzung fanden sich die Teilnehmenden zu Arbeitsgruppen zusammen, in denen sie sich schwerpunktmäßig einzelnen Themen widmeten und diese dann in großer Runde vorstellten.

Damit der noch junge Arbeitskreis innerhalb der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas an Sichtbarkeit gewinnt, wird seine Arbeit zukünftig in den RGRE-Führungsgremien vorgestellt werden. Die vierte Sitzung des Arbeitskreises der jungen lokalen und regionalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger wird am 2. Oktober 2020 in der Geschäftsstelle des Deutschen Städtetages in Köln stattfinden. Am RGRE-Arbeitskreis teilnehmen können junge Mandatsträgerinnen und Mandatsträger bis zu einem Alter von maximal 40 Jahren. Diese müssen durch ihre Kommune benannt werden.

Europa- und Förderreferenten tagten in Saarbrücken

Am 12. und 13. März fand die 47. Sitzung des Arbeitskreises der EU- und Förderreferentinnen und -referenten in Saarbrücken statt. Thematisiert wurden die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Stadt Saarbrücken, die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020, der Europäische Grüne Deal und vieles mehr. Natürlich wurden auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Arbeit der Sitzungsteilnehmenden besprochen.

Zu Beginn der Sitzung stellte Sebastian Kurth, Amtsleiter des Amts für Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarkt und grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Landeshauptstadt Saarbrücken, die Aktivitäten der Stadt im Städtenetz Südkaukasus vor. Saarbrücken und seine georgische Partnerstadt Tblissi gehören zu den Gründungsmitgliedern dieses Netzwerks. Außerdem berichtete Geschäftsführerin Isabelle Pranon über

die Aktivitäten des Eurodistrict SaarMoselle. Dieser sog. Europäische Verbund für Territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) setzt sich aus insgesamt 170 Gemeinden aus dem deutsch-französischen Grenzgebiet zusammen. Zu seinen Aufgaben zählen u.a. die Unterstützung beim Aufbau von Netzwerken, die Interessensvertretung sowie das gemeinsame Standortmarketing und die Initiierung und Durchführung von grenzüberschreitenden Projekten.

Besonders gespannt verfolgten die Arbeitskreismitglieder den Vortrag von Anna Martin vom Auswärtigen Amt zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2020. Das offizielle Programm soll im Juni vorgestellt werden. Bei den geplanten Veranstaltungen soll ein besonderes Augenmerk auf die Nachhaltigkeit gelegt werden. Martin Mödder vom Team Europe Rednerdienst der Europäischen Kommission stellte schließlich den Europäischen Grünen Deal und das in diesem Zusammenhang geplante Klimagesetz der EU vor.

Wie üblich nutzten die Teilnehmenden die Sitzung auch zum intensiven Austausch untereinander. Nicht nur an vorbereiteten Thementischen, beispielsweise zur nächsten EU-Förderperiode, wurden Erfahrungen, Pläne und Herausforderungen der kommunalen Europaarbeit diskutiert – auch zwischen den offiziellen Programmpunkten fanden viele Gespräche statt. So zeigte sich einmal mehr, dass dieses Netzwerk der EU- und Förderreferenten immer wieder gern genutzt wird und dass der Austausch mit anderen Europa-engagierten stets eine Bereicherung ist.

Konferenz zur Europäischen Charta für die Gleichstellung in Dresden abgesagt

Die 4. Nationale Konferenz zur Umsetzung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene, die am 19. und 20. März 2020 in Dresden stattfinden sollte, musste aufgrund der aktuellen gesundheitspolitischen Entwicklungen bezüglich des Sars-CO V-2-Erregers („Coronavirus“) abgesagt werden. Die Landeshauptstadt Dresden hat sich in Rücksprache mit der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) zu diesem Schritt entschlossen, nachdem ein Großteil der Vortragenden und auch Gäste ihre Teilnahme abgesagt haben.

Die Konferenz soll zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden. Die Deutsche Sektion des RGRE wird rechtzeitig darüber informieren. (bb)

II. Ausschuss der Regionen

COVID 19 – Europäische Austauschplattform des AdR

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) hat am 24. März die Errichtung einer [Austauschplattform](#) für seine Mitglieder zum Austausch zu den regionalen und kommunalen Ansätzen in der Corona-Krise angekündigt. Die Plattform soll lokalen und regionalen Entscheidungsträgern dabei helfen, den gemeinsamen Bedarf zu ermitteln, Lösungen auszutauschen und die gegenseitige Unterstützung zwischen lokalen Gemeinschaften in ganz Europa zu verbessern. Darüber hinaus soll die Plattform die Möglichkeit bieten, bereits ergriffene EU-Maßnahmen zu bewerten. Der AdR will regelmäßig über neue Maßnahmen berichten und den Fokus dabei auf Finanzierungsmöglichkeiten legen.

Die Mitglieder sind daher aufgefordert, dem AdR Bedürfnisse und Wünsche mitzuteilen, die auf EU-Ebene adressiert werden sollten oder für die der Austausch anderer Regionen und Kommunen in ganz Europa hilfreich sein könnte. Zum Auftakt des Austauschs können alle Beiträge, persönlichen Erfahrungen, Ideen, Vorschläge, Videobotschaften und Rückmeldungen zu den EU-Antworten auf das Coronavirus an folgende Adresse gerichtet werden: <mailto:covid19@cor.europa.eu>. Ein Feedback-Mechanismus ist bereits eingerichtet. (kue)

III. Europäischer RGRE (CEMR)

Europäischer Gemeindetag in Innsbruck abgesagt

Vom 6. bis 8. Mai 2020 sollte in Innsbruck der Europäische Gemeindetag des europäischen Dachverbands „Council of European Municipalities and Regions“ (CEMR) stattfinden. Dabei sollte die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) auf kommunaler Ebene im Mittelpunkt stehen.

Aufgrund der durch den Sars-CoV-2-Erreger („Coronavirus“) hervorgerufenen Gesundheitssituation wurde der Europäische Gemeindetag von der Stadt Innsbruck und dem CEMR abgesagt. Eine Abhaltung des Kongresses zu einem alternativen Termin wird derzeit geprüft. Informationen zur Rückabwicklung (hinsichtlich bereits getätigter Kongressgebühren etc.) gehen direkt an den betroffenen Personenkreis.

IV. Europäische Union

Funktionsfähigkeit der EU-Institutionen in Zeiten von Corona

Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen der deutschen Städte, Landkreise und Gemeinden sind aktuell mit der Bewältigung der kommunalen Aufgaben der Corona-Pandemie vor Ort beschäftigt. Neben dieser wichtigen Arbeit müssen die EU-Angelegenheiten weiterverfolgt und zum Beispiel Entscheidungen zur Durchführung europapolitischer Veranstaltungen und Projekte getroffen werden.

Da auch die EU-Institutionen Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung des Coronavirus innerhalb der Verwaltung ergriffen haben, hat die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) einige grundlegende Informationen zur Funktionsweise der EU-Institutionen in Zeiten der Corona-Krise zusammengestellt. Sie sind vor allem als Hilfestellung für die Europabeauftragten sowie EU- und Förderreferentinnen und -referenten in den Kommunen gedacht. (pic, bb)

[Funktionsweise der EU-Institutionen in Zeiten der Corona-Krise](#)

Vertragsentwurf für den Brexit

Die EU-Kommission hat am 19. März 2020 einen [Vertragsentwurf](#) über die künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich veröffentlicht. Nach derzeitigem Stand treten die Übergangsregelungen zu den bestehenden Beziehungen am 31. Dezember 2020 außer Kraft. Sollten sich EU und das Vereinigte Königreich bis dahin nicht über ein Abkommen geeinigt haben, wird es zu einem sogenannten No-Deal-Brexit kommen. In diesem Fall gäbe es keine formalen wirtschaftlichen oder rechtlichen Beziehungen zwischen den Parteien.

Das bisher nur auf Englisch veröffentlichte Papier ist 440 Seiten lang und geht auf alle Bereiche der Verhandlungen ein. Diese umfassen neben Regelungen zu Wirtschafts- und Handelspolitik, Fischerei oder Sicherheitsfragen auch Abkommen über die weitere Teilnahme Großbritanniens an EU-Programmen wie beispielsweise Erasmus+ oder den Strukturförderfonds.

Mit dem Vertragsentwurf wurde den Konsultationen mit dem Europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union Rechnung getragen. Durch diesen sollen die anstehenden Verhandlungen unterstützt werden. Nun werden ebenfalls Veröffentlichungen der Verhandlungsteams aus Großbritannien erwartet. Die erste Verhandlungsrunde wurde unterdessen wegen der COVID-19-Krise abgesagt und soll zeitnah – womöglich in Form einer Videokonferenz – nachgeholt werden. (stp)

Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit Albanien und Nordmazedonien

Der Rat der Europäischen Union hat am 25. März 2020 beschlossen, mit Albanien und Nordmazedonien Beitrittsgespräche aufzunehmen. Im Oktober 2019 war eine Aufnahme von Beitrittsverhandlungen noch an der fehlenden Zustimmung Frankreichs, Dänemarks und der Niederlande gescheitert. Dies hatte in Nordmazedonien eine Regierungskrise ausgelöst, die zu dem Rücktritt der Regierung führte. Hintergrund war, dass Nordmazedonien für den Beitrittsprozess unter anderem durch die Umbenennung des eigenen Landes in Vorleistung gegangen war, um so die Zustimmung Griechenlands zu Beitrittsgesprächen zu erwirken.

Dem nun positiven Votum des Rates ging eine [Mitteilung der Kommission mit Sachstandsberichten](#) Anfang März voraus, die den beiden Ländern Fortschritte bei ihren Reformen hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit attestierte. In Albanien sei insbesondere die Justizreform und die Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität vorangetrieben worden. In Nordmazedonien habe es vor allem Fortschritte hinsichtlich der Unabhängigkeit der Justiz, der Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption und der Reform der Nachrichtendienste und der öffentlichen Verwaltung gegeben. Der Rat bezieht sich in seinem Beschluss auf diese Sachstandsberichte der Kommission.

Der Rat macht für den Beginn des Beitrittsprozesses allerdings zur Bedingung, dass Albanien vor der ersten Beitrittskonferenz die Reform des Wahlrechts und des Justizwesens abschließt und eine Struktur zur Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität etabliert. (stp)

V. Veröffentlichungen

Zeitschriftenspiegel

Fundstelle	Ausgabe	Autor/in	Titel des Artikels
BBSR-Online-Publikation	Nr. 04/2020	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.)	Globale urbane Transformation: Einbindung von New Urban Agenda, SDGs und Pariser Klimaschutzabkommen in die kommunale und nationale Stadtentwicklung in Deutschland
Europa kommunal	44. 2020, H. 1, S. 3-5	Baltsch	Start der Europäischen Kommission unter Ursula von der Leyen: Europas neue Gesichter für die nächsten fünf Jahre
Europa kommunal	44. 2020, H. 1, S. 33-34	Drees	25. Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen in Madrid: Trotz Verlängerung kaum Verhandlungsergebnisse
Kulturpolitische Mitteilungen	167. 2019, H. 4, S. 36	Franza	Europäische Förderprogramme: Ein Mittel gegen soziale Ungleichheit?
Europa kommunal	44. 2020, H. 1, S. 42-44	Furch	Europäischer Hauptausschuss des RGRE-Dachverbandes: Europas Städte und Regionen mit neuer politischer Führung
Der Landkreis	89. 2019, H. 12, S. 803-804	Gallo	Europa nach der Wahl: Die Verantwortung der Landkreise aus Sicht des Saarpfalz-Kreises
Europa kommunal	44. 2020, H. 1, S. 48-50	Gerwin	Arbeitskreis der EU- und Förderreferenten in der Stadt Karlsruhe: Kommunale Europaarbeit im Lichte politischer Veränderung
Der Landkreis	89. 2019, H. 12, S. 801-802	Kirchbaum	Handlungsfähigkeit der EU stärken
Der Landkreis	89. 2019, H. 12, S. 799-800	Lambertz	25 Jahre AdR: Eine Bilanz

Der Landkreis	89. 2019, H. 12, S. 793-794	Lins	Ländliche Entwicklung in Europa aktiv gestalten
Europa kommunal	44. 2020, H. 1, S. 39-41	Nutzenberger	Jahreskonferenz des Deutsch-Französischen Ausschusses in Essen: Neue Herausforderungen bei Fragen der Stadtplanung
Europa kommunal	44. 2020, H. 1, S. 35-38	Reiff	Kommunale Partnerschaften mit den Palästinensischen Gebieten: Mit großem Engagement für eine bessere Daseinsvorsorge
Der Landkreis	89. 2019, H. 12, S. 792	Weber	Europäische Union: Die Heimat wieder in den Mittelpunkt stellen

VI. Partnerschaftsarbeit

Partnerschaftsgesuche

...aus Palästina: Yatta

Von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt erreichte uns ein Partnerschaftsgesuch der palästinensischen Gemeinde Yatta. Yatta (von Arabisch "Yuta" = flach und kurvenreich) ist eine Stadt im Regierungsbezirk Hebron mit mehr als 140.000 Einwohnern, davon leben ca. 70.000 im Stadtzentrum. Yatta liegt 9 Kilometer südlich von Hebron auf einer Höhe von ca. 790 Metern über dem Meeresspiegel.

Zum Ort Yatta gehören außerdem ungefähr zwei Dutzend kleine Dörfer. Im Ort gibt es drei Sportclubs, in denen unter anderem Fußball und Handball gespielt wird, und einige Kulturzentren. Yatta hat außerdem ein internationales Fußballstadion, das jedoch zurzeit nicht genutzt wird, weil es an Ausrüstung fehlt. Seit 1971 gibt es einen Stadtrat in Yatta, der aktuell 13 Mitglieder hat. Bürgermeister ist seit dem 30. Dezember 2019 Dr. Issa Smirat. Dreiviertel aller Arbeitskräfte in dem Ort arbeiten in Israel.

Yatta hat bis jetzt noch keine Partnerschaft mit einer Kommune im Ausland. Die Stadt wünscht sich eine Zusammenarbeit mit einer deutschen Kommune schwerpunktmäßig in den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Abfallmanagement, erneuerbare Energien und Energieeffizienz, Personalentwicklung, strategische Planung und öffentliche Verkehrsmittel.

Kommunen, die sich für eine Partnerschaft mit einer der oben genannten Kommunen interessieren, erhalten weitere Informationen bei der Geschäftsstelle der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, bei Frau Mascha Gerwin (E-Mail Adresse: mascha.gerwin@staedtetaq.de, Telefon: 0221/3771-315).

VII. Veranstaltungen / Wettbewerbe / Sonstiges

Mitmachen bei der Europäischen Woche der Regionen und Städte

Die 18. Europäische Woche der Regionen und Städte findet vom 12. bis 15. Oktober 2020 in Brüssel statt. Im Mittelpunkt stehen die Themen „Grünes Europa“, „Kohäsion und Kooperation“ sowie „Empowerment der Bürgerinnen und Bürger“.

Die vom Europäischen Ausschuss der Regionen und der Europäischen Kommission organisierte Woche ist die größte jährliche Veranstaltung für Regionalpolitik. Allein im Jahr 2019 nahmen über 9.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der gesamten Europäischen Union an den mehr als 330 Sitzungen und Workshops teil.

Wie bereits in den Vorjahren können Regionen und Kommunen sich an der Europäischen Woche beteiligen und zusammen mit weiteren Partnern eine Sitzung in Brüssel organisieren. Dafür müssen mindestens drei und maximal zwölf Partner kooperieren. Die ursprünglich gesetzte Bewerbungsfrist am 27. März 2020 wurde angesichts der Corona-Pandemie und ihrer Auswirkungen auf öffentliche und private Einrichtungen in ganz Europa bis zum 17. April 2020 verlängert. (bb)

Mehr Informationen: europa.eu/regions-and-cities

Bewerbungsphase für den Europäischen Bürgerpreis läuft

Das Europäische Parlament vergibt jedes Jahr den Europäischen Bürgerpreis für zivilgesellschaftliche Projekte, die das gegenseitige Verständnis und die Integration innerhalb Europas fördern. Vergeben wird die Auszeichnung sowohl an Bürgerinnen und Bürger als auch an Gruppen, Vereinigungen und Organisationen. Sie können sich selbst bewerben oder von anderen vorgeschlagen werden. Außerdem sind alle Mitglieder des Europäischen Parlaments berechtigt, jedes Jahr einen Vorschlag einzureichen. EU-weit werden insgesamt bis zu 50 Preisträgerinnen und Preisträger ausgezeichnet.

Die Bewerbungsfrist läuft noch bis zum 20. April 2020.

Mehr Informationen: <https://www.europarl.europa.eu/at-your-service/de/be-heard/prizes>

Mitmachen beim „Colours of Europe Award 2020“

Die überparteiliche Initiative „Tu was für Europa“ ruft Städte und Gemeinden in Deutschland auf, sich mit ihrem Engagement für Europa um den „Colours of Europe Award 2020“ zu bewerben. Der Preis richtet sich nicht an Metropolen und Großstädte, sondern bewusst an kleinere Kommunen bis 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, denen häufig die Möglichkeiten für große überregionale Kampagnen fehlen. Für gemeinnützige Organisationen, die sich unabhängig von Kommunen bewerben können, gibt es die Sonderkategorie „Zivilgesellschaftliches Engagement“.

Die kommunalen Gewinnerprojekte oder einzelne Aspekte, Konzepte oder Ideen davon sollen in besonderer Weise das Potenzial haben, auch andere Kommunen zu einem herausragenden Engagement für Europa zu inspirieren. Der „Colours of Europe Award 2020“ soll also nicht nur die Gewinner auszeichnen und in

den bundesweiten Fokus rücken, sondern auch attraktives Engagement für Europa in anderen Teilen der Republik initiieren.

Der Wettbewerb wird trotz der Corona-Krise weitergeführt. Insgesamt drei Kommunen und eine gemeinnützige Organisation sollen prämiert werden. Die Bekanntgabe der Gewinner wird rund um den Europatag am 9. Mai 2020 stattfinden. Neben einer farblich individuell gestalteten Europaflagge erhalten die Preisträger ein Preisgeld von jeweils 5.000 Euro. Bewerbungen um den „Colours of Europe Award 2020“ sind bis zum 30. April 2020 möglich. Die geplante Veranstaltung mit der festlichen Siegerehrung wird auf Oktober 2020 verschoben. (bb)

Informationen und Bewerbungsunterlagen: tu-was-fuer-europa.de/colours-of-europe-award/

Bewerbungsfrist für „Jugend in Aktion“ verlängert

Wegen der Corona-Krise ist die Bewerbungsfrist für den Programmteil „Jugend in Aktion“ des EU-Programms „Erasmus+“ bis zum 7. Mai 2020, um 12 Uhr verlängert worden. Im Rahmen des Programms können junge Menschen zum Beispiel im Rahmen von Jugendbegegnungen Schlüsselkompetenzen für ihre persönliche und berufliche Entwicklung erlangen.

Die Corona-Krise hat auch Auswirkungen auf laufende Erasmus+-Projekte. So ist die Durchführung von Aktivitäten physischer Mobilität wie Jugendbegegnungen, Fachkräftemaßnahmen oder Freiwilligentätigkeiten im Rahmen der EU-Jugendprogramme zurzeit nicht mehr möglich.

Mehr Informationen: <https://www.jugendfuereuropa.de/news/10906-coronavirus-sars-cov-2-auswirkungen-auf-erasmus-jugend-in-aktion-und-auf-das-europaeische-solidaritaetskorps/>

Deutscher Nachhaltigkeitspreis für Städte und Gemeinden

Mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis zeichnet die Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis seit 2012 Kommunen unterschiedlicher Größe aus, die im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten eine umfassende, nachhaltige Stadtentwicklung betreiben und bereits erfolgreich Nachhaltigkeitsprojekte realisiert haben. Die Auszeichnung ist mit je 30.000 €/Sieger zweckgebunden für Nachhaltigkeitsprojekte von der Allianz Umweltstiftung dotiert und wird von der Bertelsmann Stiftung im Rahmen des [SDG-Portals](#) unterstützt. Hier geht es zur [Bewerbung](#).

Die Auswahl findet im Rahmen eines zweistufigen Verfahrens statt. Zunächst können die teilnehmenden Kommunen ihre Strategien und Maßnahmen in den zentralen Themenfeldern der Nachhaltigkeit in einem Online-Fragebogen darstellen. Aus den eingegangenen Bewerbungen wird dann eine Shortlist mit den besten Bewerbern erstellt, die dann für den Preis nominiert werden. Mit diesen Kommunen werden dann Vor-Ort-Interviews geführt, um die drei Preisträger zu ermitteln. Die Preise werden in den Gewinnerstädten und -gemeinden vergeben.

Bewerbungsfrist ist der 10. Mai 2020.

Weitere Informationen finden Sie unter <https://www.nachhaltigkeitspreis.de/kommunen/>.

Mitmachen beim Wettbewerb „Kommune bewegt Welt“

Alle zwei Jahre zeichnet die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global unter dem Motto „Kommune bewegt Welt“ das gemeinsame entwicklungspolitische Engagement von Kommunen mit migrantischen Organisationen aus. Ziel ist es, vorbildliche Kooperationsbeispiele zu würdigen, die die Bedeutung von Migration in der kommunalen Entwicklungspolitik hervorzuheben sowie Austausch und Vernetzung zu fördern.

Jeweils ein erster und ein zweiter Preis werden in drei Kategorien vergeben, die nach Einwohnerzahl gestaffelt sind (Einwohnerzahl bis 20.000, von 20.000 bis 100.000 und mehr als 100.000). Das Preisgeld beträgt insgesamt 135.000 Euro. Die Gewinnerkommunen können ihr Preisgeld gemeinsam mit ihren zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen für die Weiterentwicklung gemeinsamer Projekte der kommunalen Entwicklungspolitik verwenden. Die Schirmherrschaft für den Wettbewerb 2020 hat Dr. Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, übernommen. Die Preisverleihung soll Ende September in Saarbrücken stattfinden.

Einsendeschluss ist Sonntag, 28. Juni 2020.

Weitere Informationen finden Sie unter <https://skew.engagement-global.de/wettbewerb-kommune-bewegt-welt.html>.

EU-Aufruf für kostenloses Wi-Fi wird verschoben

Angesichts der Coronavirus-Krise, von der eine Reihe von Gemeinden ernsthaft betroffen ist, hat die Europäische Kommission beschlossen, den für Dienstag, 17. März 2020, um 13 Uhr geplanten vierten und letzten Aufruf für das EU-Programm „Wifi4EU“ für kostenlose Wi-Fi-Netze im öffentlichen Raum zu verschieben. Grund: Die derzeitige Lage würde nicht allen Kommunen die gleichen Möglichkeiten zur Teilnahme geben.

Die Europäische Kommission wird den neuen Termin des Aufrufs bekanntgeben, sobald sich die Situation in allen teilnehmenden Ländern wieder normalisiert hat. Keine förderungswürdige Gemeinde wird die Chance verlieren, einen Gutschein zu gewinnen, sobald der Aufruf geöffnet wird.

Mit WiFi4EU-Gutscheinen können Gemeinden in der ganzen EU Gutscheine im Wert von jeweils 15.000 Euro beantragen, mit denen sie kostenlose Wi-Fi-Netze in öffentlichen Räumen, einschließlich Rathäusern, öffentlichen Bibliotheken, Museen, öffentlichen Parks oder Plätzen, einrichten. (bb)